

zweideutige Politik vom ersten Tage an getrieben, bis sie jetzt offen als Wegbereiter der deutschnationalen Politik hervortreten. ...

Ob Zentrum und Demokraten die Kursabweichung mitmachen werden, steht noch dahin, vorläufig sieht es nicht danach aus. ...

Diese Fragen würde nicht einmal die Deutsche Volkspartei klipp und klar beantworten, geschweige denn die Deutschnationalen. ...

Beschluß des deutschnationalen Vertreterlages.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei ist ebenso wie die Vorsitzenden der Landesverbände einmütig gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. ...

Verhandlungen mit den Parteien.

U. Berlin, 30. September. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird Reichsanwalt Marx, sobald die Beschlüsse des deutschnationalen Vertreterlages vorliegen, die Verhandlungen mit den Parteiführern aufnehmen. ...

Die Presse zum deutschnationalen Vertretertag

SPD. Berlin, 1. Oktober. (Radio.) Zu dem parteioffiziösen Bericht über den deutschnationalen Vertretertag und der dort gefassten Entschlüsse schreibt heute morgen der Vorwärts: ...

So viel nun auch die Vertreter dieses Vertretertages gefiebt sein mögen, so wird doch kein Mensch glauben, daß das Verbleiben Herzgs in der Führung und die Annahme der diplomatisch gefälligen Entschlüsse seiner allgemeinen Auffassung entspricht. ...

Wie werden sich die Dinge nun weiter abwickeln? Eine Korrespondenz berichtet, — und wir haben Grund, ihre Annahme für richtig zu halten, — daß der Reichsanwalt Marx beabsichtigt, nicht nur nach rechts, sondern auch nach links, also nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit den Sozialdemokraten über die Erweiterung der Regierung zu verhandeln. ...

In demokratischen Kreisen will man wissen, daß Herr Marx es entschieden ablehnt, sein Kabinett unter Ausschluß der Demokraten umzubilden. ...

So hat die Volkspartei, die berufsmäßige Krisis-macherin, die deutsche Politik wieder einmal ins Chaos geführt, ohne einen Weg zu zeigen, der aus ihm herausführt. ...

SPD. Berlin, 1. Oktober. (Radio.) Die von der deutschnationalen und der volksparteilichen Parteileitung vereinbarte Entschliessung des deutschnationalen Vertreterlages ist mit 27 gegen 35 Stimmen angenommen worden. ...

Partei vor dem Zerfall zu retten. Es hat also keine grundsätzliche, sondern nur eine taktische Scheidung stattgefunden. ...

Abgehallert.

SPD. Max Maurerbrecher, der bisherige Chefredakteur der Deutschen Zeitung, ist von seinem Posten zurückgetreten. ...

Auch in der Redaktion der Zeit, des Parteiorgans der Deutschen Volkspartei, trübt es. Der Chefredakteur Speich ist von seinem Posten zurückgetreten. ...

Die Völkerbundsversammlung.

SPD. Genf, 30. September. Die Völkerbundsversammlung des Völkerbunds hat nach dem Bericht Murrays das Angebot Italiens angenommen, das in Rom das Privatrechtsinstitut zur Verfügung stellt. ...

SPD. Genf, 30. September. Der Völkerbundsrat hat am Dienstagmorgen eine kurze Sitzung abgehalten. ...

Beilegung des japanischen Zwischenfalls.

SPD. Genf, 30. September. Der japanische Zwischenfall, der hier große Aufsehen erregte und eine Zeitlang die Arbeiten des Protokolls ernstlich gefährdete, hat am Dienstag mit einer Kompromißformel sein Ende gefunden. ...

Die Völkerbunds-Völkerbundsversammlung wird am Mittwoch vormittag und nachmittag Sitzungen abhalten und die große Debatte über das Protokoll eröffnen. ...

Vor dem Abschluß der Londoner Anleiheverhandlungen.

Berlin, 1. Oktober. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther wird sich heute nach London begeben. ...

Gründung der Bank für Industrieobligationen.

SPD. In Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Dr. Gamm wurde am Dienstagmorgen die im Dawesplan vorgesehene Bank für Industrieobligationen im Reichswirtschaftsministerium gegründet. ...

Der bisherige Reichsverkehrsminister Döfer hat wegen seiner Wahl zum Generaldirektor der Reichsbahn sein Mandat als preussischer Landtagsabgeordneter niedergelegt. ...

Verwaltungsrat der Reichshohzolln angehöret, wird ebenfalls sein Mandat niederlegen, ebenso sein Mandat im Preussischen Staatsrat.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Die erste Oktoberrate von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt. U. Berlin, 30. September. Die für den Monat September gemäß dem Londoner Abkommen zu leistenden Reparationszahlungen in Höhe von 83 Millionen Goldmark sind nicht nur pünktlich geleistet, sondern sogar überschritten (!) worden. ...

Um die 26prozentige Abgabe.

U. Paris, 1. Oktober. Gestern nachmittag hat Herriot an den deutschen Geschäftsträger eine Note überreicht, die erneut die Auffassung der französischen Regierung in der Frage der 26prozentigen Einfuhrabgabe darlegt. ...

U. Paris, 1. Oktober. Der Brüsseler Temps-Korrespondent bestätigt, daß der belgische Ministerpräsident grundsätzlich die Aufgabe der 26prozentigen Abgabe auf deutsche Einfuhrgegenstände beschlossen hat. ...

Beginn der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

SPD. Paris, 30. September. Die deutsche Handelsdelegation ist am Dienstag nachmittag und abend in 2 Gruppen in Paris eingetroffen. ...

U. Paris, 1. Oktober. Die bisherigen zwischen Belgien und Frankreich gepflogenen Verhandlungen über die Anpassung der gegenseitigen Zollsätze verliefen resultatlos.

Die Marinekontrollkommission aufgelöst.

Berlin, 30. September. Salbamtlich wird gemeldet: Da alle Abfertigungsfragen, soweit sie sich auf die Marine allein beziehen, erledigt sind, wird die Internationalisierte Marine-Kontrollkommission laut Beschluß der Völkerbundsversammlung am 30. d. M. aufgelöst. ...

Der Inhalt des Memorandums.

SPD. Paris, 30. September. Unter Betonung des vertraulichen Charakters des am Montagmorgen dem deutschen Botschafter dem französischen Ministerpräsidenten überreichten Memorandums hebt der Temps hervor, daß das deutsche Dokument in dem wichtigsten Ausdrücken gehalten sei und daß es weniger einen genauen Fragebogen als ein nuanciertes Exposé derjenigen Punkte bilde. ...

Die thüringische Regierung in Verlegenheit.

Das „Material“ gegen Voeb reicht nicht aus. Aus Weimar wird uns geschrieben: Nachdem am Donnerstag voriger Woche der Gesetzbundungs- und Haushaltsausschuß des thüringischen Landtags einstimmig beschlossen hat, daß den Mitgliedern beider Ausschüsse die Revisionsberichte über die Staatsbank zugestellt werden sollten und die Regierung sich bereit erklärt hatte, dieselben so schnell wie möglich vervielfältigen zu lassen, hat sie plötzlich zu Beginn dieser Woche Bedenken bekommen. ...

Der Finanzminister sucht also nach neuem Material. Das bisherige reicht nicht aus, um den Juden und Sozialdemokraten Voeb zur Strecke zu bringen. ...

Daß Herr Klüchener eine oberausgezeichnete Persönlichkeit ist, geht aus einer Ausföhrung hervor, wonach die ganze politische Aktion von Voeb selbst hinterlistig herbeigeföhrt worden sei, um die Aufmerksamkeit von den Revisionsberichten abulenken. ...